

KNUT HENKEL

# MORDE TROTZ FRIEDENSABKOMMENS

**IN KOLUMBIEN MÜSSEN DIE MORDAKTIONEN DER PARAMILITÄRS  
GESTOPPT WERDEN**

Am 10. Dezember hat Kolumbiens Präsident Juan Manuel Santos in Oslo den Friedensnobelpreis verliehen bekommen. Für den Staatschef eine große Ehre. Und tatsächlich hat das Friedensabkommen mit den FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) mittlerweile beide Kammern des Parlaments passiert, nachdem es im ersten Anlauf in einem Referendum gescheitert war. Aber friedlich geht es in dem lateinamerikanischen Land deshalb nicht zu. Zwar gibt es keine Kämpfe zwischen FARC und Armee mehr, aber die Zahl der Morde an Menschenrechtsverteidigern und Sprechern sozialer Organisationen ist höher als im vergangenen Jahr, und nicht nur indigene Verbände befürchten, dass der schmutzige Krieg gegen soziale Organisationen und politische Initiativen weitergeht. Andere hoffen, dass das Friedensabkommen endlich auch das Ende für die Paramilitärs bedeutet. Aber auch sie verweisen darauf, dass vieles davon abhängt, wie gut und wie schnell es mit den FARC umgesetzt wird. Das könnte auch den nötigen Schwung für die Aufnahme der Verhandlungen mit der Guerillaorganisation ELN (Ejército de Liberación Nacional – Nationale Befreiungsarmee) bringen.

Vor dem Eingang zum Haus Nummer 50 in der Straße 4 von Popayán steht ein Militärfahrzeug. Darüber, im ersten Stock des Gebäudes, ist die Silhouette eines Kopfes mit Armeemütze am Fenster zu sehen, daneben prangt das Logo des Consejo Regional Indígena del Cauca (CRIC), des Regionalen Indigenenrats der Provinz Cauca. «Eigentlich haben wir nur selten Militärbesuch in unserer Zentrale, aber derzeit ist die Situation so schwierig, dass wir unsere Aktionen mit denen der Armee abstimmen müssen», erklärt Andrés Antonio Almendra, nachdem der Offizier das Haus verlassen hat. Almendra, einer kleiner, hagerer Typ, ist eines der CRIC-Ratsmitglieder. Er hat dem Armeeeoffizier angezeigt, dass Paramilitärs wiederholt in indigene Gebiete eingedrungen sind und Bauern aus der Region vertrieben haben. «Nicht zum ersten Mal, denn in diesem Jahr haben die Aktionen von bewaffneten Verbänden in vielen Regionen des Cauca zugenommen, obwohl der Friedensvertrag mit den FARC gerade unterzeichnet ist», klagt Almendra.

Frieden scheint im Cauca noch weit entfernt, denn immer wieder werden aus dem Verwaltungsbezirk Morde an Vertretern sozialer und politischer Organisationen gemeldet. Viele der Opfer sind Indigene. Der Cauca, ein Verwaltungsbezirk südwestlich der Millionenmetropole Cali, ist eine der Regionen Kolumbiens, in der sich alle Probleme des Landes

widerspiegeln. Marihuana und Koka werden angebaut, zudem gibt es einen massiven Konflikt um Ackerflächen für den Anbau von Lebensmitteln und Kaffee. Obendrein ist die Region reich an Mineralien und anderen natürlichen Ressourcen. «Im Cauca entspringen wichtige Flüsse wie der Río Magdalena oder der Río Cauca. Auf diese Wassermassen hat es die Regierung abgesehen, während die internationalen Bergbauunternehmen auf Gold, Kupfer, Coltan und Platin spekulieren», stellt Almendra fest. Mehrere Wasserkraftwerke sind in der Region geplant, kleine und größere Bergbaugesellschaften dringen illegal in die *Resguardos*, die indigenen Schutzgebiete, ein, und der CRIC befürchtet, dass die Paramilitärs in einigen Regionen Bauern im Auftrag von Konzernen vertreiben. Der Staat schaue aber meist untätig zu, sagt Almendra. «Eigentlich ist es Aufgabe des Staates, uns zu schützen, als Minderheit haben wir in der Verfassung fixierte Rechte. Das liest sich zwar gut, in der Praxis wird davon aber kaum etwas umgesetzt.»

**ZAHL DER MORDE STEIGT**

Das ist kein Einzelfall in Kolumbien, wo es viele vorbildliche Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen gibt, die in der Praxis aber nicht eingehalten werden. Für die Minderheiten, die indigenen und afrokolumbianischen Gemeinden, ist die

Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis besonders groß. Das liegt zum einen daran, dass sie keine politisch einflussreiche Lobby haben, auch wenn die indigenen Ethnien recht gut organisiert sind, und zum anderen daran, dass die noch aus der Kolonialzeit stammende Gesellschaftshierarchie bis heute weitgehend intakt geblieben ist. Die Diskriminierung von Minderheiten ist Teil der kolumbianischen Realität, so der Abgeordnete Alirio Uribe Muñoz. Er sitzt für das Parteienbündnis Polo Democrático Alternativo im Parlament und hat sich in den vergangenen Monaten für ein «Ja» zum Friedensabkommen mit den FARC engagiert. Zudem will er an den Verhandlungen mit der ELN teilnehmen.

«Kolumbien will den Frieden, das haben die Demonstrationen der letzten Wochen gezeigt. Diese historische Chance dürfen wir uns nicht entgehen lassen», meint der ehemalige Menschenrechtsanwalt, der in die Politik gegangen ist. Dort sieht er für sich mehr Möglichkeiten, für eine friedliche Zukunft zu wirken, als vor Gericht. Doch von dieser Zukunft ist Kolumbien weit entfernt, wie das Beispiel des Cauca zeigt. Dort wurden laut dem CRIC in den letzten elf Monaten nicht weniger als 68 Aktivisten ermordet. «Afrokolumbianer, Bauern, Indigene, Frauen, Männer, Kinder. Aus ländlichen Regionen, aber auch aus den Städten. Rund die Hälfte der Ermordeten waren lokale Sprecher, Vertreter von Bauernorganisationen und Umweltaktivisten, die keinen Bergbau in der Region wollen. Es handelt sich um gezielte Morde», sagt CRIC-Ratsmitglied Almendra.

Längst nicht alle diese Morde werden auch im landesweit geführten Register der Menschenrechtsorganisation Somos Defensores aufgeführt. Die legt strenge Kriterien an, wer wegen der Verteidigung von Grund- und Menschenrechten ermordet wurde und wer nicht. Dafür werden die von der Organisation veröffentlichten Zahlen international und auch von der kolumbianischen Regierung anerkannt.

74 Tote, darunter sieben Frauen, hat die Organisation, die vor allem aus Skandinavien finanziert wird, bis zum 7. Dezember 2016 registriert. «Zwölf mehr als im Vorjahr», so Carlos A. Guevara. Er ist der Gründer und Koordinator von Somos Defensores, die nicht nur Drohungen, Anschläge und Morde registriert, sondern Aktivisten und Organisationen auch berät, wie sie sich besser dagegen schützen können. «Es ist ein Widerspruch, dass die Zahl der Toten in Kolumbien bei den Auseinandersetzungen zwischen Armee und FARC seit dem Waffenstillstand zurückgegangen ist, gleichzeitig aber die Zahl der Morde an sozialen und politischen Aktivisten deutlich steigt.» Guevara nennt mehrere Gründe: Zum einen hätten Menschenrechtsaktivisten in der Euphorie des greifbaren Friedensabkommens ihre Sicherheitsvorkehrungen vernachlässigt, zum anderen seien sowohl Paramilitärs als auch ELN in Regionen nachgerückt, die die FARC verlassen haben. Obendrein seien die Paramilitärs dabei, sich neu zu organisieren. Im Cauca, einer Bastion der FARC, ist das der Fall – dass der Rohstoffreichtum der Region dabei eine Rolle spielt, ist ein offenes Geheimnis. «Legt man eine Karte mit der Präsenz der Paramilitärs auf eine mit den größten Rohstoffvorkommen und geostrategischen Infrastrukturprojekten, dann ist sie fast deckungsgleich», erklärt Guevara und deutet auf eine entsprechende Karte Kolumbiens.

Auf diesen Sachverhalt weisen Konfliktforscher wie Bernardo Pérez von der katholischen Universität Bogotá schon lange hin, doch Konzepte zur Bekämpfung der Paramilitärs hat die Regierung von Juan Manuel Santos bisher nicht zu bieten. Das hat dazu geführt, dass der Cauca eine der ge-

fährlichsten Regionen für Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten in Kolumbien ist. 16 ermordete Menschenrechtsverteidiger, darunter zwei Frauen, hat Somos Defensores 2016 in der Provinz registriert. Am 21. November tagte eine Regierungskommission in Popayán, die zusätzliche Schutzmaßnahmen treffen und Ermittlungsbeamte entsenden will. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, meint die Menschenrechtsaktivistin Marcela Cabrera vom Red por la Vida y los Derechos Humanos del Cauca, dem Netzwerk für das Leben und die Menschenrechte im Cauca: «Doch wir brauchen mehr Sicherheitsgarantien für Aktivisten und Strategien gegen die Gewalt.»

## **PARAMILITÄRS: VERHARMLOST UND GUT VERNETZT**

Dies ist seit langem eine der Kernforderungen der kolumbianischen Menschenrechtsbewegung. Ob sich durch das Friedensabkommen mit den FARC etwas ändern wird, bleibt abzuwarten. Die bisherige Strategie der Regierung scheint zu sein, die Relevanz der paramilitärischen Banden, die nach der Demobilisierung des paramilitärischen Dachverbandes AUC (Autodefensas Unidas de Colombia) 2006 übriggeblieben oder neu entstanden sind, systematisch herunterzuspielen. Schon der Begriff Paramilitär steht auf dem Index. «Seit der offiziellen Demobilisierung unter der Regie des damaligen Präsidenten Álvaro Uribe Vélez spricht die Regierung ausschließlich von sogenannten *Bacrim* (*bandas criminales emergentes* – neue kriminelle Banden); die Zahl der Kämpfer wird mit drei- bis viertausend angegeben», so Gustavo Gallón, Direktor der kolumbianischen Juristenkommission CCJ. Das ist deutlich zu wenig, wie Studien der Stiftungen Arco Iris und Indepaz belegen.

Indepaz (Instituto de Estudios para el Desarrollo y la Paz – Stiftung zum Studium von Entwicklung und Frieden) hat in einer Studie aus dem Jahr 2015 paramilitärische Präsenz in 338 Gemeinden in 23 der 32 kolumbianischen Verwaltungsbezirke nachgewiesen. 14 verschiedene paramilitärische Organisationen seien aktiv. Alarmierend sei das Erstarken der Paramilitärs an der Karibikküste, im Steinkohle fördernden Verwaltungsbezirk Cesar sowie an der Pazifikküste mit den Verwaltungsbezirken Nariño, Cauca, Valle de Cauca und Chocó. Der Studie zufolge seien die Paramilitärs in mindestens 298 Gemeinden seit mehr als sechs Jahren permanent präsent. Ergebnisse, die die Regierung in ihren Stellungnahmen seit Jahren systematisch herunterspielt, so Gallón: «Nach der Demobilisierung der Paramilitärs hat man den Namen Paramilitärs aus dem Wortschatz gestrichen, weil deren Nachfolgeorganisationen nicht politisch seien. Damals hieß es, dass die Armee das Problem binnen zwei Jahren aus der Welt schaffen würde.»

Zehn Jahre später warnen Experten davor, dass die Paramilitärs ihren Aktionsradius ausweiten, sich neu organisieren, obwohl das Militär in unterschiedlichen Stellungnahmen behauptet, seit 2006 zwischen 12.000 und 24.000 Paramilitärs (bzw. *Bacrim*) festgenommen oder erschossen zu haben. Angesichts dieser Zahlen sind die Aussagen der Regierung, dass die paramilitärischen Banden nur 3.000 bis 4.000 Mitglieder haben, wenig glaubhaft. Indepaz geht von mindestens 6.000 Kämpfern aus, andere Quellen von bis zu 10.000. Gustavo Gallón hofft wie viele Kolumbianer, dass durch das Friedensabkommen mit den FARC der kolumbianische Staat endlich entschlossen gegen die paramilitärischen Banden vorgeht, die im Drogenhandel genauso aktiv

sind wie in anderen Bereichen der organisierten Kriminalität, und auch Aufträge von Großgrundbesitzern sowie nationalen und internationalen Konzernen entgegennehmen sollen. Im Abkommen mit den FARC ist nämlich festgelegt, dass eine Kommission gebildet werden soll, die Handlungsbefugnisse hat, kompetent besetzt wird und deren Aufgabe es ist, die Sicherheitslage im Land zu verbessern – sprich: gegen die Paramilitärs vorzugehen. «Der Kommission werden drei Minister, der Präsident persönlich sowie Vertreter der Ordnungskräfte, der Staatsanwaltschaft und von Menschenrechtsorganisationen angehören. Sie wird ein kräftiges Mandat erhalten, und es bleibt abzuwarten, wie sie letztlich agieren wird», so Gallón. Er ist guter Hoffnung, dass die nunmehr dritte Generation der Paramilitärs auch die letzte sein könnte.

### JUSTIZ: AUF EINEM AUGE BLIND?

Daran wagen aber viele Kolumbianerinnen und Kolumbianer kaum zu glauben, gerade weil gegen die Paramilitärs in aller Regel nicht ermittelt wird. «Wir glauben, dass die Águilas Negras [eine von mehreren paramilitärischen Organisationen] in den staatlichen Strukturen verankert sind. Warum? Weil wir schlicht nicht glauben können, dass von 800 Morddrohungen in den letzten fünf Jahren nicht eine einzige aufgeklärt wurde, ohne dass die Paramilitärs innerhalb der Ermittlungsstrukturen gedeckt würden», sagt Carlos A. Guevara von Somos Defensores. Gerade ein Prozent der Fälle werde aufgeklärt, der Rest ende in der Straflosigkeit, kritisieren Experten wie Gustavo Gallón.

Angeichts dieser frustrierenden Realität setzen viele Menschenrechtsexperten ihre Hoffnung auf die Übergangsjustiz, die mit dem Friedensabkommen geschaffen wird. Die Regelungen zur Übergangsjustiz wurden, anders als andere Kapitel des Abkommens, von internationalen Strafrechtsexperten ausgearbeitet. «Die Justiz hat den Opfern in Kolumbien weder Gerechtigkeit noch Wahrheit bringen können – mit der Übergangsjustiz läuft die Elite Gefahr, dass sich das ändern könnte», meint Alirio Uribe Muñoz, selbst lange Jahre einer der bekanntesten Menschenrechtsanwälte Kolumbiens. «Integrales System für Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Nichtwiederholung» (Sistema Integral de Verdad, Justicia, Reparación y No Repetición) hat man das Paket rund um die Übergangsjustiz getauft. Ziel ist es, die Wahrheit ans Licht zu bringen, die Opfer des Konflikts zu entschädigen, die Täter zu bestrafen und eine Erinnerungskultur zu schaffen, die garantieren soll, dass sich die Gräueltaten des Bürgerkriegs nicht wiederholen.

Für Abertausende von Opfern des Bürgerkriegs hat die historische Wahrheit oberste Priorität. «Es geht ihnen darum zu erfahren, was mit den Angehörigen passiert ist. Wer hat sie verschwinden lassen, wo sind ihre Überreste zu finden? Dafür werden geringe Strafen für die Verantwortlichen in Kauf genommen», erklärt Bayron Góngora, der in Medellín für die Corporación Jurídica Libertad, eine auf Menschenrechte spezialisierte Anwaltskanzlei, arbeitet und zahlreiche Opfer von staatlicher Gewalt vertritt. So zum Beispiel Angehörige der sogenannten *Falsos Positivos*, von der Armee entführte Jugendliche und junge Männer, die ermordet und, mit einer Uniformjacke und einer alten Flinte ausgestattet, zu gefallenen Guerilleros erklärt wurden.

Mehr als 3.000 derartige Fälle haben kolumbianische Anwälte dokumentiert. Und Aufklärung ist das Mindeste, was die Angehörigen verlangen. Folgerichtig kommt auf die

noch zu berufenden Richter der Übergangsjustiz eine Prozesswelle zu, deren Ausmaß die Generalstaatsanwaltschaft in Bogotá im Frühjahr des Jahres schon einmal abgeschätzt hat: 32.422 Prozesse und 110.086 Straftaten sollen es sein. Rund 3.000 Justizmitarbeiter, darunter 1.670 Ermittlungsbeamte, werden nötig sein, um diese Verfahrenslawine zu bewältigen. Ermittelt wird gegen 10.329 Mitglieder der FARC, gegen 7.500 Mitglieder der Armee und gegen 4.359 zivile Straftäter, von denen das Gros Paramilitärs sein dürften. Die Kosten der Verfahren, die bereits nach zehn Jahren abgeschlossen sein sollen, werden auf mindestens zwei Milliarden kolumbianische Peso, umgerechnet rund 600 Millionen Euro, geschätzt.

Ob das reichen wird, bezweifeln viele Experten. Doch viel wichtiger sei, dass endlich ermittelt werde, und zwar auch gegen die intellektuellen Drahtzieher zahlreicher Verbrechen, darunter Landvertreibungen im großen Stil durch Massaker und Morde, aber auch die Unterdrückung der Gewerkschaften in nationalen wie multinationalen Konzernen, so Góngora. Aus der Perspektive der kolumbianischen Eliten ist die Übergangsjustiz deshalb ein Risiko. Folgerichtig war Carlos Arturo Ardila Lülle, Kolumbiens einflussreicher Industriemagnat und Eigentümer des Postobón-Getränkekonzerne, einer der Finanziers der «¡No!»-Kampagne. Er hat laut Góngora genauso viel zu befürchten wie Vertreter internationaler Bergbauunternehmen wie beispielsweise Drummond aus den USA. Diese fördern bis heute im Verwaltungsbezirk Cesar große Mengen Steinkohle, haben nach Überzeugung vieler Gewerkschafter mehrere Morde an Gewerkschaftern bei den Paramilitärs in Auftrag gegeben und sie systematisch finanziert. Eine der Angehörigen, Maira Méndez, die vor 15 Jahren die Ermordung ihres Vaters durch einen Trupp Paramilitärs mit ansehen musste, arbeitet heute für die holländische Menschenrechtsorganisation PAX. Sie konnte nicht in Erfahrung bringen, ob es Ermittlungen im Kontext der Ermordung ihres Vaters gab. «Das ist nichts Ungewöhnliches. Solche Fälle werden schnell zu den Akten gelegt», schildert sie ihre eigenen Erfahrungen und die anderer Opfer paramilitärischer Gewalt im Verwaltungsbezirk Cesar.

In ihrer Arbeit für PAX hält Méndez den Kontakt zu Opfern, koordiniert Kampagnen und war im Mai in Europa unterwegs, um über die Situation vor Ort, die Ignoranz der Kohlekonzerne zu informieren und Druck auf europäische Importeure der kolumbianischen Kohle aufzubauen. Doch auch sie hofft auf die Übergangsjustiz. Sie ist für viele Opfer eine Chance, nach vielen Jahren des Wartens Klarheit zu bekommen. Daran hat sich auch nach der Überarbeitung des ursprünglichen Abkommens, das am 2. Oktober von einer knappen Mehrheit der Kolumbianer im Referendum abgelehnt worden war, nichts Wesentliches geändert.

### ZÄHNE VERLOREN – ABER NICHT DEN BISS

«Natürlich hätte ich gern gesehen, dass internationale Richter in den Verfahren der Übergangsjustiz Recht sprechen. Das wäre weltweit ein bahnbrechendes Signal. Aber immerhin ist ihr Einfluss erhalten geblieben, weil sie nun eine beratende Funktion haben», urteilt Gustavo Gallón. Der Direktor der kolumbianischen Juristenkommission findet nicht, dass das überarbeitete und vom Parlament am 30. November angenommene Friedensabkommen entscheidend geschwächt sei. Dass die FARC nun ihre Vermögensverhältnisse offenlegen müssen und zur Kasse gebeten werden, wenn es um Reparationen für die Opfer geht, ist für ihn genauso vertretbar

wie die Kasernierung und Kontrolle der ehemaligen Guerilleros zur Ableistung ihrer Haftstrafen. Das war von der Opposition um den erzkonservativen Expräsidenten Álvaro Uribe Vélez und dessen Partei Centro Democrático vor allem moniert worden. Die «¡No!»-Kampagne hatte landesweit verbreitet, dass die ehemaligen Guerilleros mit «Taschengeld» in Höhe des dreifachen Mindestlohns von rund zwei Millionen kolumbianischen Peso (rund 613 Euro) auf Farmen ein ruhiges Leben führen sollten. «Dass sie zur Minenräumung, zum Straßenbau und für andere Infrastrukturprojekte eingesetzt werden sollen, um resozialisiert zu werden, hatte den Wählern niemand vermittelt», erinnert sich Alirio Uribe Muñoz kopfschüttelnd. Die Kampagne des «¡No!» habe vielfach auf Halbwahrheiten, Hass und Lügen gesetzt und letztlich Erfolg gehabt, kritisiert er mit einem bitteren Lächeln. «Demgegenüber standen mehr als 100 unterschiedliche Kampagnen der Linken und eine halbherzige Kampagne der Anhänger von Juan Manuel Santos», weist er auf ein weiteres Defizit hin, das zum Scheitern des «¡Sí!» beigetragen hat – nämlich die Zersplitterung des bürgerlichen und des linken Lagers.

Dies ist auch für Linda Cabrera, Vizedirektorin von *Sisma Mujer*, einer der zentralen Gründe für das Scheitern des «¡Sí!». Die Frauenorganisation hat in der Genderkommission in Havanna am endgültigen Abkommen mitgearbeitet und Zugeständnisse und Garantien der Akteure erreichen können. «Wir dokumentieren seit einem halben Jahr Fälle sexueller Gewalt durch FARC und staatliche Sicherheitskräfte, um sie an die Gerichte der Übergangsjustiz weiterzuleiten», erklärt Cabrera. Für sie ist das Abkommen ein wichtiges Etappenziel, um Gewalt gegen Frauen zu ächten. «Aber alles wird davon abhängen, ob die Regierung es umsetzt, es durchsetzt und zu ihren Verpflichtungen steht.» Das ist eine Einschätzung, die in Bogotá in diesen Tagen immer wieder zu hören ist.

Positiv wird oft gewertet, dass der zweite Anlauf zum Abkommen mit den FARC deutlich mehr Rückenwind hatte als der erste. Eine ganze Reihe von Demonstrationen, an denen auch viele Studierende teilnahmen, hat Mut gemacht. «Es hat gedauert, bis die Studierenden ihre Angst vor Verfolgung und Einschüchterung durch die Paramilitärs abschüttelten. Kolumbiens Universitäten waren lange wie gelähmt», erklärt der Journalist und Universitätsdozent Javier Osuna. Er weiß, wovon er spricht, denn er studierte, als die Paramilitärs an vielen Unis Terror ausübten. Seit er in einem Buch geschildert hat, wie die Paramilitärs über Jahre hinweg in einem Krematorium bei Cúcuta Menschen haben verschwinden lassen, steht sein Name auf einer schwarzen Liste und er kann sich nur noch mit Bodyguards in Kolumbien bewegen.

Froh ist Javier Osuna, dass FARC und Regierung nach der Referendumspleite aufs Gaspedal gedrückt haben. Noch nicht mal drei Wochen vergingen von der Vorstellung des überarbeiteten Abkommens bis zur Annahme durch die beiden Parlamentskammern am 29. und 30. November. Eile ist auch geboten, denn die Zeit für die Umsetzung des Abkommens ist knapp. «Am 27. Mai 2018 stehen die nächsten Präsidentschaftswahlen an. Bis dahin soll das Abkommen mit den FARC umgesetzt und idealerweise eines mit der ELN auf den Weg gebracht sein», erklärt der Kongressabgeordnete Alirio Uribe Muñoz.

Juan Manuel Santos hat seinen Friedensnobelpreis – ähnlich wie Barack Obama 2009 – quasi auf Basis eines Versprechens erhalten. Ob er Kolumbien wirklich zu einem Frieden führt, der diesen Namen verdient, ist bisher nicht absehbar.

Ein Gradmesser muss sein, ob sich Indigene, Campesinos und Campesinas, soziale Bewegungen in den Städten oder Afrokolumbianer in Zukunft ohne Lebensgefahr für ihre Interessen und Rechte einsetzen können. Was das betrifft, ist die Skepsis in Kolumbien groß, was viel mit Santos' negativer Regierungsbilanz zu tun hat – und einiges mit seiner Vergangenheit.<sup>1</sup>

Knut Henkel ist freiberuflicher Journalist, schreibt unter anderem für das *Neue Deutschland* und die *taz* aus und zur Lage in Lateinamerika. Er hat im November in Kolumbien zur Situation von Menschenrechten und Übergangsjustiz recherchiert.

<sup>1</sup> Juan Manuel Santos ist als Verteidigungsminister (Juli 2006 – Mai 2009) unter Álvaro Uribe Vélez politisch für den Skandal der *Falsos Positivos*, der systematischen Praxis des Militärs, junge Männer zu entführen, zu ermorden und als Guerilleros zu deklarieren, verantwortlich. Das haben die Opferverbände in Kolumbien nicht vergessen.

---

## IMPRESSUM

STANDPUNKTE 35/2016

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Stefan Thimmel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: Dezember 2016

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling